

17.15

Abgeordneter Ralph Schallmeiner (Grüne): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Minister! Sehr geehrte Damen und Herren zu Hause vor den Bildschirmen! Als Erstes noch eine Reaktion darauf, was da von den Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratie gekommen ist: Ihr wisst aber schon, dass es erst vor Kurzem einen Antrag, nämlich einen grünen Antrag, im Wiener Landtag gegeben hat, die Mittel für die psychische Versorgung von Kindern und Jugendlichen um 10 Millionen Euro aufzustocken, und dieser Antrag wurde von euren Kolleginnen und Kollegen in Wien niedergestimmt. (*Zwischenruf der Abg.*

Holzleitner.) Es wäre also durchaus auch möglich gewesen, hier in Wien entsprechend zu agieren (*Beifall bei Abgeordneten von Grünen und ÖVP*), aber ich weiß: Es soll immer alles der Bund erledigen, das sind wir ja schon gewohnt.

Kommen wir aber zum eigentlichen Thema zurück! Es geht jetzt auch um den Eltern-Kind-Pass. Es geht nicht um eine Umbenennung alleine, wie meine Kollegin Meri Disoski auch schon richtig dargelegt hat. Es geht nicht um den Namen alleine, sondern es geht auch um eine Weiterentwicklung. Es geht darum, eine bestmögliche Begleitung von Kindern, Eltern, egal in welcher Konstellation sich diese befinden, zu erreichen. Es geht darum, bestmögliche Versorgung sicherzustellen. Es geht darum, bestmögliche Gesundheitsversorgung sicherzustellen, psychische, psychosoziale Versorgung sicherzustellen.

Und es geht auch darum, in Zukunft Aufklärung und Prävention entsprechend in den Fokus zu rücken, zum Beispiel wenn es um Aufklärung im Bereich Impfangebote geht. In Österreich gibt es momentan eine sehr schlechte Durchimpfungsrate gegen viele Krankheiten, und ich glaube, da könnte beispielsweise so ein Eltern-Kind-Pass ein entsprechendes Mittel sein – oder auch dann, wenn es zum Beispiel um Ernährung, Ernährungssicherheit et cetera geht, wenn es darum geht, aus Kindern, Jugendlichen mündige Erwachsene zu machen, die auch wissen, welche Eigenverantwortung es gerade in dem Bereich durchaus gibt. (*Beifall bei Grünen und ÖVP*.)

Es gibt aber auch noch einen anderen Blickwinkel aus unserer Sicht, aus grüner Sicht; meine Kollegin Meri Disoski hat es kurz angesprochen. Es geht auch darum, dass wir die Hebammen wieder in dieses Prozedere eingliedern. Die Hebammen scheiden jetzt im Endeffekt so nach der achten Lebenswoche des Babys aus dem Ganzen aus. Sie können sozusagen eine Schwangerschaft begleiten, sie könnten aber eigentlich viel mehr leisten. Sie hätten die Ausbildung dafür, nur dürfen sie sehr vieles eben nicht. Unser Ansinnen ist es, dass die Hebammen nicht nur während der Schwangerschaft

als Begleitung wieder voll eingebunden werden, dass die eine oder andere ärztliche Untersuchung, die da momentan herumgeistert und wieder infrage gestellt wird, wieder die Hebammen übernehmen, sondern es geht auch darum, dass Hebammen auch nach der Geburt des Kindes unterstützend da sein können.

Dafür braucht es mehr Hebammen, und da sind vor allem die Länder in der Pflicht. Wir haben jetzt sieben FHs in Österreich, die Hebammen ausbilden. Es braucht mehr Plätze, wir brauchen viel, viel mehr Hebammen in Österreich. Es geht auch darum, entsprechend Praktikumsplätze an den Kliniken, an den Krankenhäusern zur Verfügung zu stellen, damit diese Ausbildung in entsprechender Qualität erfolgen kann.

Das sind die Herausforderungen. Wir werden uns ihnen stellen und dann natürlich das Gespräch mit den Kritikerinnen und Kritikern genauso wie mit allen anderen Stakeholdern aufnehmen. (*Beifall bei Grünen und ÖVP.*)

17.19

Präsidentin Doris Bures: Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Claudia Plakolm. – Bitte.